

Projets de recherche en cours = Laufende Forschungsprojekte

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Annuaire suisse de science politique = Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft**

Band (Jahr): **10 (1970)**

PDF erstellt am: **18.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-171565>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

PROJETS DE RECHERCHE EN COURS LAUFENDE FORSCHUNGSPROJEKTE

I. Projets conduits dans le cadre d'instituts Forschungen im Rahmen von Instituten

BASEL: LEHRSTUHL FÜR ÖFFENTLICHES RECHT

Zentrales Thema bildet seit dem Herbst 1969 die *Regierung*: ihre Struktur, ihre Funktion, ihre Beziehungen zu anderen Gewalten und ihre Stellung im Staat. Ein über zwei Semester erstrecktes interfakultäres « Intensivseminar » mit schriftlichen Berichten und von den Bearbeitern geleiteten Erörterungen bringt Vertiefungen, neue Problemsichtungen und teilweise Bestätigungen bisheriger Einsichten der Politologie oder der Staatsrechtslehre. Teilergebnisse des Seminars sollen in geeigneter Form publiziert werden. Professor Dr. WILHELM HENNIS, Ordinarius für Politikwissenschaft an der Universität Freiburg i. Br., hält als Gastdozent eine die Arbeiten unterstützende und anregende Vorlesung « Einführung in die Regierungslehre ». Eine grössere Zahl von Dissertationen, die vom Lehrstuhl für öffentliches Recht beaufsichtigt werden, wenden sich Themen der Regierung zu.

Parallel dazu laufen Arbeiten zur modernen *Verwaltungslehre*, die sowohl die Politologie als auch die tradierte Verwaltungsrechtslehre in wesentlichen Belangen betreffen. Dabei zeigt sich das wachsende Bedürfnis, die Betriebswirtschaftslehre für das Thema zu gewinnen. Die Zusammenarbeit ist angebahnt.

Spezialfragen sind aufgegriffen auf dem Gebiete des *Budgetrechts* und der allgemeinen Finanzverfassung, die im heutigen Leistungsstaat eine ungewöhnliche Steuerungsfunktion erlangen, aber weder staatsrechtlich noch politologisch die gebührende Beachtung gefunden haben. Ferner sind unter politologischen Aspekten aufgenommen Probleme der *Gesamtverteidigung* und der *Neutralität, der territorialen Gliederung* (insbesondere Regionenbildung) und der *Leistungsstruktur* innerstaatlicher Organisationen und Funktionen (z. B. Hochschulwesen).

KURT EICHENBERGER

BERN: FORSCHUNGSZENTRUM FÜR GESCHICHTE UND SOZIOLOGIE DER SCHWEIZERISCHEN POLITIK

1. *Die Bundesversammlung 1920 bis 1968*

Das 1966 erschienene Werk, das den Zeitraum von 1848 bis 1920 beschlägt, wird durch einen zweiten Band fortgesetzt. Im Unterschied zum Vorgänger enthält er keine Biographien, sondern nur eine statistisch-soziologische Untersuchung, beruhend auf drei Querschnitten von 1920, 1944 und 1968. Die Materialien wurden zum grossen Teil auf Grund von ausgefüllten Fragebogen der jetzt wirkenden und der früher wirkenden, noch lebenden Parlamentarier beschafft. Im Gegensatz zum ersten Band sind die Gesichtspunkte erweitert worden. Es werden zusätzlich geographische Herkunft und Mobilität, Cursus honorum, Parteilaufbahn und

konfessionelle Struktur der Parlamentarier untersucht, ferner ihre Mitwirkung in Kommissionen. Ein ausführliches Kapitel über die politische Elite in der Schweiz beschliesst den Band, der neben 12 grafischen Darstellungen 35 grosse Tabellen und 37 Texttabellen enthält. Er wird noch in diesem Jahre erscheinen.

2. *Die Chefbeamten der schweizerischen Bundesverwaltung*

Nach ähnlichen Prinzipien wird von den höchsten Bundesbeamten, d. h. solchen, die über dem Rang eines Sektionschefs Ia stehen (Abteilungschefs, Direktoren, Delegierte des Bundesrates, hohe Militärpersönlichkeiten, Diplomaten usw.), eine Reihe sozialer Merkmale ermittelt. Das nötige Material wird mit Hilfe von schriftlich zu beantwortenden Fragebogen und von Akten der einzelnen Abteilungen zusammengestellt. Es werden drei Querschnitte durch die gesamte Bundesverwaltung gezogen, und zwar für die Jahre 1938, 1955 und 1969. Dieses Material — es umfasst Angaben über Muttersprachen, Konfession, militärischen Grad, soziale Herkunft, Ausbildung, berufliche Laufbahn und politische Aktivität — dient einerseits dazu, Sozialprofile der Eliten der Verwaltung für die drei Stichjahre aufzustellen, diese miteinander zu vergleichen und allfällige Entwicklungen aufzuzeigen. Andererseits soll versucht werden, die vorhandenen Daten im Hinblick auf die beruflichen Karrieren der untersuchten Persönlichkeiten auszuwerten. Es soll insbesondere abgeklärt werden, ob in Abhängigkeit von der Organisationsstruktur und von der politischen Relevanz der einzelnen Verwaltungszweige (Departemente, Ämter) bestimmte Karrieretypen nachgewiesen werden können und ob gewisse soziale Merkmale einen bestimmenden Einfluss auf diese Karrieren haben. Damit werden Fragen der Elitebildung in einer ausgewählten Führungsgruppe wie auch das Problem der Auswahl einer Gruppe von Persönlichkeiten, die im politischen Entscheidungsprozess eine wachsende Bedeutung erlangen, angeschnitten.

3. *Die Wahlen in den Nationalrat von 1848 bis 1917*

Das Werk soll eine Lücke in unserer historischen Statistik ausfüllen. Auf Grund amtlicher Dokumente und der Tageszeitungen wird der Wahlvorgang (Kandidatenaufstellung, Wahlkampf, Propaganda, Programmatik, Ideologie usw.) rekonstruiert. Statistische Tabellen enthalten die gewählten und nicht gewählten Kandidaten samt ihren Stimmzahlen. Gemäss einem bestimmten Schlüssel werden die Parteistärken je Wahlkreis, Kanton und Bund und die Wahlbeteiligung errechnet. Schliesslich wird ein Überblick über das Wahlrecht (Kantone 1848-1872) und die Auswirkungen des Wahlsystems (Bedeutung von Wahlmissbräuchen usw.) gegeben. Da die Parteien im 19. Jahrhundert vor allem als Organisatoren von Wahlen in Erscheinung treten, diese aber im kantonalen Rahmen durchgeführt werden, liegt es nahe, das Werk durch eine kurze *Geschichte der kantonalen Parteien* einzuleiten.

4. *Arbeiterbewegung 2. Band*

Nach ähnlichen Prinzipien wie im 1. Band wird die Zeit zwischen 1880 und 1920 dargestellt. Wir sind momentan noch mit der Quellensammlung beschäftigt. In erster Linie gilt es, die noch kaum bekannte Bedeutung der Emigranten (Russen, Deutsche usw.) für die schweizerische und internationale Arbeiterbewegung in diesem Zeitraum zu erfassen.

5. *Quellenforschung im Rahmen des Kantons Bern*

Ein Team freiwilliger Mitarbeiter forscht nach den noch vorhandenen Nachlässen bernischer Politiker des 19. und 20. Jahrhunderts. Zweck ist die Sicherstellung und Ordnung derartiger Nachlässe, natürlich im Einverständnis mit den Erben. So wurde beispielsweise der Nachlass Robert Grimms systematisch geordnet. Es wäre wünschbar, wenn auch in andern Kantonen ähnliche Aktionen unternommen würden, um das Wenige, das noch vorhanden ist, vor dem Untergang zu retten.

6. *Politische Jugendgruppen in der Schweiz : ihre Postulate, ihre Aktionen und deren Ergebnisse*

Aufgrund einer möglichst umfänglichen Bestandsaufnahme der Vorstösse von Jugendgruppen, die während der letzten Jahre mit den Mitteln der schweizerischen Referendumsdemokratie (insbesondere Initiative und Referendum in Bund, Kantonen und Gemeinden) unternommen wurden, soll untersucht werden, auf welchen Sachgebieten solche Vorstösse zu verzeichnen sind, welche Argumente und Werbemittel dabei Verwendung finden, welche Voraussetzungen einen Erfolg ermöglichen und wie sich die Unternehmungen auf das Verhältnis zwischen junger und älterer Generation auswirken. Als Jugendgruppen gelten dabei einerseits Jugendorganisationen und -filiationen der Parteien, andererseits keiner Partei nahestehende Gruppen von Studenten und von anderen jungen Leuten. Charakter und Methoden der Vorstösse sollen auch mit Wesen und Struktur der sie tragenden Gruppen in Zusammenhang gebracht werden. Als Hauptmaterial dienen Publikationen der Gruppen sowie Presseberichte.

7. *Weiterführung der Untersuchung über das Verhalten der schweizerischen Parteien im gesetzgeberischen Entscheidungsprozess.*

Nach der im « Schweizerischen Jahrbuch für politische Wissenschaft » 9 (1969) publizierten Fallstudie über das Sofortprogramm zur Beschaffung zusätzlicher Bundeseinnahmen von 1966-67 soll das Verhalten der grossen Landesparteien im Entscheidungsprozess auf breiterer Basis untersucht werden. Bei einer grösseren Anzahl gesetzgeberischer Entscheidungen der letzten Jahre, die sich auf ganz verschiedene Gegenstände beziehen, sollen gewisse Hauptmerkmale des Verhaltens der Parteien festgestellt und miteinander verglichen werden. Es geht dabei namentlich darum, unter welchen Voraussetzungen die einzelnen Parteien den Prozess aktiv beeinflussen und unter welchen sie sich in Gruppen aufspalten, ferner darum, wieweit die einzelnen Parteien auf die Realisierung bestimmter Forderungen ausgehen und wieweit auf die Vermittlung eines Kompromisses. Ziel der Untersuchung ist die Aufstellung und nach Möglichkeit Verifizierung von Hypothesen dieses Verhaltens in bezug auf Gesetzgebungsmaterie, Organisations- und Interessenstruktur der Partei, Führungspositionen einzelner Persönlichkeiten, Beziehungen zu interessierten Verbänden und zum zuständigen Verwaltungszweig.

Für die Untersuchungen 6 und 7 dient die vom Forschungszentrum seit 1965 angelegte Dokumentation der schweizerischen Politik, die hauptsächlich aus Zeitungsausschnitten besteht und jedem wissenschaftlichen Interessenten zur Verfügung steht, als erste Materialgrundlage.

ERICH GRUNER
PETER GILG

GENÈVE: CENTRE DE RECHERCHE DE SCIENCE POLITIQUE
(UNIVERSITÉ DE GENÈVE)

Ainsi qu'il ressort du programme de la 3^e année de science politique et du projet de 3^e cycle, l'orientation principale du Département et du Centre de recherche est constituée par l'analyse du comportement politique et des processus de décision dans les communautés politiques. C'est autour de cette orientation que s'organisent à la fois les recherches, les thèses de doctorat ainsi que les travaux des séminaires avancés.

En fonction du projet de recherche proposé à l'ASSP, le Centre de recherche effectuera, dès l'année prochaine, un prétest dans le cadre de Genève sur le *comportement politique*¹. A ce titre, il procédera à la mise au point d'un échantillon genevois, aux sondages d'opinion publique et aux interviews des dirigeants genevois. Parallèlement le Centre se dote de moyens et de capacités nécessaires pour participer à la recherche sur le comportement politique au niveau suisse (voir Note sur les nouvelles orientations des recherches en science politique, 2^e partie). Par ailleurs, en fonction de cet objectif le Centre a entrepris plusieurs analyses statistiques et écologiques.

Ayant terminé les études sur les trois cas de décision politique (affaire des « Mirages » par PAOLO URIO, main-d'œuvre étrangère par FRANCIS GRUBER et élaboration de la loi sur les cartels par J.-P. ZEHNDER et Mme YVETTE MONTANGERO), le Centre a entrepris de suivre le processus de la *révision de la constitution fédérale* (la direction de cette recherche est confiée à ADALBERT KORFF qui est assisté de J.-P. DELLEY et W. OSSIPOW). Plusieurs rapports ont été achevés: l'analyse de la presse 1967, 1968, 1969; analyse des commissions universitaires et cantonales ainsi qu'un rapport préliminaire sur la Commission Wahlen. Le groupe de travail auquel sont associés plusieurs étudiants avancés se propose d'analyser les réponses qui ont été adressées à la Commission et, d'autre part, de préparer quelques questions qui seraient incluses dans le sondage d'opinion électorale et dans les interviews de dirigeants.

Une deuxième recherche vient d'être commencée grâce à une subvention du Fonds National qui porte sur les *groupes politiques*. Cette recherche doit faciliter l'analyse du comportement politique général en Suisse en fournissant des données sur cartes perforées relatives aux groupements politiques (sur le système CDC, INFOL), le type de ces groupes, leur structures, leurs moyens d'action et leurs relations avec les autorités et d'autres groupes (collaborent à cette recherche M. SLIWINSKI et F. LÉVÊQUE). Au niveau genevois, le Centre poursuit les travaux sur la *vie politique* du canton: partis politiques, organisations professionnelles, analyse des élections. En outre, une analyse est en cours portant sur les *organisations professionnelles* dans la Communauté européenne et en Europe occidentale. Cette étude quantitative, qui est fondée sur un examen approfondi des groupes de pression dans la Communauté européenne et dans la coopération européenne (JEAN MEYNAUD et DUSAN SIDJANSKI), doit permettre de tester nos instruments d'analyse et d'interprétation. Au même niveau, le Centre poursuit, en liaison avec l'Institut universitaire d'études européennes, des études sur la transformation du *processus de décision dans la Communauté* (avec le concours de U. AYBERK).

Grâce à une subvention des Communautés européennes, DAVID HANDLEY est en

¹ Voir ci-dessus la note sur les nouvelles recherches en science politique, II, p. 7 et ss.

train de mettre sur pied un fichier INFOL qui devrait enregistrer tous les *sondages d'opinion* qui contiennent des questions portant sur l'intégration européenne, sondages qui ont été effectués depuis 1945. L'analyse de ces données est l'objet de la thèse de D. Handley.

D'autres thèses sont en cours ou sur le point d'être terminées. Exemples: PAOLO URIO, Processus de décision et contrôle démocratique en Suisse. Etude de cas dans le domaine de la défense nationale; FRANCIS DUNAND, Décision sous la V^e République: l'indépendance de l'Algérie; Mme YVETTE MONTANGERO, Aide financière de la Confédération aux universités suisses; U. AYBERK, Processus de décision dans les relations extérieures des Communautés européennes.

DUSAN SIDJANSKI

GENÈVE: INSTITUT UNIVERSITAIRE DE HAUTES ÉTUDES INTERNATIONALES

A l'Institut universitaire de hautes études internationales, les projets de recherche sont conçus et élaborés au sein des différents séminaires. Il en résulte des travaux individuels sous forme de mémoires de diplôme ou de thèses. La science politique comme méthode et comme cadre conceptuel fait partie du programme d'enseignement et de recherches.

Les séminaires suivants ont plus particulièrement recours aux techniques et méthodes de la science politique:

HARISH KAPUR: *L'étude comparative des systèmes communistes*. Y sont analysés et comparés les différents modèles des révolutions communistes, leurs influences sur les politiques intérieures et extérieures des Etats communistes et les résultats et conséquences profondes qu'ils ont eus sur le mouvement communiste international.

LOUIS HALLE et URS SCHWARZ: *Etudes stratégiques*. Dans ce séminaire sont étudiés divers aspects de la relation entre politique et stratégie; les thèmes qui y sont traités vont de la maîtrise de la puissance militaire (particulièrement en ce qui concerne les armements non-conventionnels) en vue d'empêcher son utilisation ou, le cas échéant, de la limiter, au problème de la prévision comme base nécessaire de planification. Une attention particulière est prêtée aux problèmes stratégiques de certaines puissances et à ceux du contrôle des armements.

ROY PREISWERK: 1. *Le facteur racial dans les relations interétatiques*. Dans ce séminaire, l'impact du facteur racial sur les relations internationales est étudié par une approche interdisciplinaire, c'est-à-dire dans ses dimensions sociales, économiques, politiques, juridiques et culturelles. Il est indispensable de recourir à la science politique pour traiter d'importants aspects du sujet tels que la politique étrangère des Etats multi-raciaux, les minorités raciales dans la politique internationale, l'influence du facteur racial sur le comportement des Etats dans les organisations internationales, l'internationalisation des mouvements raciaux militants, etc.

2. *Les relations internationales entre pays inégalement développés.* L'étude des aspects politiques de la coopération internationale pour le développement fait également appel à la science politique pour traiter divers aspects: le pouvoir de négociation des Etats moins développés; le pouvoir politique des Etats nouveaux face à la puissance financière et technologique des Etats développés; la motivation politique de l'aide aux pays moins développés; opinion publique et aide étrangère; aide et développement politique, etc.

3. M. Preiswerk s'occupe en plus d'un projet de recherches sur *L'évolution politique, économique et sociale de la région des Caraïbes.*

JEAN SIOTIS: *Problèmes choisis d'organisation internationale.* Ce séminaire est consacré à l'étude systématique des processus décisionnels qui ont pour cadre les organisations internationales. Les mécanismes institutionnels et les interactions qui se déroulent au sein des organisations internationales possèdent des caractéristiques spécifiques qui méritent un intérêt particulier.

Les systèmes organisés que sont les organisations internationales reflètent — ou, du moins, tendent à refléter — les milieux dont ils sont l'émanation. Toutefois, les interactions qui les caractérisent diffèrent de celles entre acteurs internationaux sur le plan bilatéral ou sur un plan multilatéral occasionnel et non structuré par la régularité des rapports qu'elles engendrent et par l'existence d'un cadre fonctionnel/structurel plus ou moins contraignant et plus ou moins limitatif de la liberté d'action de leurs membres.

La partie empirique du séminaire est consacrée en grande partie aux organisations dont le siège est à Genève. Toutefois, des organisations régionales font également l'objet de travaux.

M. Siotis a terminé récemment une étude systématique des relations entre les Missions permanentes accréditées auprès des Nations Unies à Genève et la CNUCED. Cette étude paraîtra dans le courant de 1971. De plus, il poursuit des recherches actuellement sur les problèmes de la décision dans les organisations internationales.

MARLISE STEINERT: *Opinion publique et Politique étrangère.* Dans ce séminaire, différentes méthodes des sciences humaines et sociales sont utilisées et examinées quant à leur apport ou limites relatives pour les sujets étudiés. Etant donné que l'opinion publique est un concept global renfermant une multitude d'opinions de type différent, il convient d'analyser, outre le contexte historique dans lequel ces opinions évoluent, la scène sociale, les sous-groupes d'une population donnée, aussi bien dans un sens horizontal que vertical. Finalement, ces opinions doivent être placées dans leur cadre politique, dans lequel il faut notamment examiner les problèmes de communication, les forum d'expression et les relations entre les différents niveaux et institutions politiques. Sont plus particulièrement étudiés le parlement, les partis politiques, les groupes de pression, la presse et leur rôle dans la formation de l'opinion publique et la place que celle-ci tient dans le processus de formation et d'élaboration de la politique étrangère. Mme Steinert vient de terminer une étude de l'opinion publique allemande pendant la Seconde Guerre mondiale, qui paraîtra en été 1970.

JACQUES FREYMOND

GENÈVE: INSTITUT AFRICAIN

Les professeurs de l'Institut africain sont tous engagés, à titre personnel ou avec des étudiants préparant des thèses, dans des recherches liées à des thèmes de l'enseignement. Citons en particulier:

1. *Etude de structures et de changements politiques et économiques :*

— Une théocratie africaine au Brésil: le Candomblé «Ile Marôialaje » de Salvador-de-Bahia. L'étude concerne une sociabilité africaine d'origine ancienne de la diaspora africaine:

1. tentative de reconstitution des relations complexes commandement — obéissance;
2. tentative de définition des fondements cosmogoniques du pouvoir;
3. tentative d'élaboration de la légitimité du pouvoir social total du Candomblé en relation avec les problèmes d'acculturation économique et politique au sein de la société blanche. (JEAN ZIÉGLER)

— Analyse des structures d'organisation politiques et économiques dans un village du Ghana, découverte des valeurs du système social qui s'y expriment, conclusions sur la nature et la hiérarchie des besoins de la société. (F. SABELLI)

2. *Etude des effets globaux d'un projet de développement :*

— Analyse complète du projet Volta au Ghana, avec étude de la viabilité économique et sociale du projet, les problèmes posés au plan des décisions, la place du projet dans la politique économique du pays. (Z. ERGAZ)

3. *Problèmes de formation des élites nouvelles*

— Le rôle de l'enseignant dans la société tunisienne de demain, recherche des caractéristiques de cette société et des transformations ayant eu lieu depuis l'indépendance, étude des options de la politique gouvernementale, rôle et formation des enseignants dans cette perspective. (R. BEN HAMIDA)

— Le nationalisme dans l'éducation dans quelques pays du Sud-Est asiatique, étude des concepts de nationalisme véhiculés par les systèmes d'enseignement, critique de ces concepts pour une mobilisation civique adaptée, formulation d'un nationalisme dynamique dans la perspective du développement. (CAO-VAN HIEP).

— Etude du nationalisme comme facteur de réenracinement culturel et comme facteur de développement dans les anciennes colonies françaises, sa place actuelle de concept mobilisateur, les conditions de son utilisation dans une pédagogie de modernisation et en vue de la participation des masses au développement. (PIERRE BUNGENER)

PIERRE BUNGENER

LAUSANNE: INSTITUT DE SCIENCE POLITIQUE (UNIVERSITÉ DE LAUSANNE)

Ces dernières années, l'orientation des recherches à l'Institut de science politique de Lausanne a gardé une large ouverture imposée par la diversité des étudiants de l'Ecole des sciences sociales et politiques et des branches enseignées.

Toutefois, de nombreux travaux se sont concentrés sur la vie politique en Suisse, en Suisse romande, et dans le canton de Vaud.

A ce titre, une grande étude est en voie d'achèvement sur *Les élections au Grand Conseil vaudois (1913-1966)*. Dans la suite des travaux déjà entrepris à Lausanne, elle vise à combler une lacune sur l'analyse des luttes politiques dans un canton où le régime électoral a conservé, durant la première moitié du xx^e siècle, des caractères très particuliers. Les résultats font apparaître que les partis ont recouru à des stratégies très différentes selon qu'il s'agissait de conserver le monopole du pouvoir (parti radical, hégémonique puis dominant), de continuer à y participer (parti libéral), ou de le reconquérir (parti socialiste). Ainsi apparaissent des comportements complexes résultant du régime électoral, du système de partis, et, accessoirement, du milieu ambiant; ils expliquent la stabilité très grande des rapports de force que, seule, la R.P. généralisée modifiera sensiblement.

D'autre part, l'Institut a entrepris en 1968 une enquête plus limitée sur *Les efforts de modernisation de l'administration dans les cantons romands*. A partir de la documentation et des renseignements recueillis, une confrontation a été opérée entre la littérature récente de science administrative et les réalités romandes. Il est apparu que les cantons romands se modernisent à une cadence très inégale, et, surtout, selon des voies et moyens variés, ce qui peut surprendre quand on connaît leurs rapports de voisinage. L'étude sera publiée incessamment dans un volume collectif de la collection « Staat und Politik ».

Un troisième centre d'intérêt de l'Institut réside actuellement dans *L'autonomie communale*. Invité par le Groupe d'étude de l'autonomie communale en Suisse (Lausanne) à participer à une recherche sur ce sujet financée notamment par l'Union des villes suisses, l'Association des communes suisses et le Fonds national, le séminaire d'analyse de la vie politique a constitué plusieurs groupes d'étudiants durant l'année académique 1969-70 chargés d'étudier ce problème. Deux d'entre eux ont mené des enquêtes sur le terrain dans les cantons de Neuchâtel et de Fribourg, après avoir préparé un questionnaire et analysé le milieu. La publication de ces rapports est envisagée.

Dans le cadre enfin d'un séminaire organisé par l'OCDE en avril 1969, intitulé « Seminar on the crisis in higher education — role of students in the academic community », l'Institut s'est occupé de l'étude du cas suisse. Un rapport a été élaboré puis présenté au S.E.R.I., ayant pour objet de répondre aux diverses questions posées par l'OCDE par une *Synthèse des revendications des étudiants en Suisse*.

Pour terminer, et sans compter les travaux individuels de doctorat et de licence, il faut signaler l'existence d'un séminaire de science politique de 3^e année qui s'est occupé de la constitution d'un dossier en vue d'une étude sur la distribution du pouvoir en Suisse, ainsi que d'un séminaire avancé de recherches en science politique qui poursuit des analyses sur la typologie des régimes politiques, sur les rapports entre la gestion industrielle et l'étude de l'environnement politique, ainsi que sur le développement probable du problème jurassien (essai de prospective).

ROLAND RUFFIEUX

ST. GALLEN: LATEINAMERIKANISCHES INSTITUT (HOCHSCHULE ST. GALLEN FÜR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALWISSENSCHAFTEN)

Das Lateinamerikanische Institut an der Hochschule St. Gallen hat vor wenigen Monaten ein vom Schweizerischen Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung unterstütztes Forschungsprojekt über die Politik

in Lateinamerika begonnen und zwar mit besonderer Berücksichtigung der « Krise der politischen Systeme ».

Hierzu hat das Institut kürzlich aus der Universität der Stadt Mexiko eine deutschsprechende Politologin, Fräulein H. KNOEDERER von der Universidad Nacional Autónoma de México herangezogen und engagiert, die nun unter der Leitung des Unterzeichneten diese Forschungsarbeit durchzuführen hat.

Da nun — nicht nur in St. Gallen, wo bis zum Beginn des Sommer-Semesters 1970 kein politologischer Lehrstuhl existierte —, sondern in der ganzen Schweiz die Quellen für eine solche Arbeit noch sehr in den Anfängen stecken, musste zunächst einmal in Mexiko und später in Washington (hauptsächlich an der Library of Congress) ein bibliographisches Material zusammengestellt werden, und zwar weil die wissenschaftliche Literatur auf diesem Gebiet dort am besten vertreten ist.

Als zweiten Schritt haben wir unsere Politologin nach der Schweiz kommen lassen, um sich mit dem hier vorhandenen Material vertraut zu machen. In St. Gallen soll erstmals die Erhellung der Geschichte und Soziologie auf die ganze politische Vergangenheit Lateinamerikas hin bearbeitet werden, und zwar mit Rücksicht darauf, dass Politik, Kultur und Wirtschaft in Lateinamerika besonders eng miteinander verbunden sind.

Der dritte Teil unserer Forschung wird den Charakter einer «field study» (Beobachtungen, Interviews, eventuell statistische Erhebungen) des politischen Lebens im iberio-amerikanischen Kontinent tragen, die in den kommenden Monaten dort selbst durchgeführt werden muss, denn auf Grund des hier vorhandenen Materials kann nur die theoretische Basis gelegt werden. Die Beobachtung der Praxis und des ganzen Mechanismus erweist sich für eine solche Arbeit als unerlässlich, besonders deswegen, weil sich zur Zeit die politischen Strukturen in einer aussergewöhnlichen Krise befinden und unter dauernden Schwankungen leiden.

Nicht nur die wachsende Ohnmacht der politischen Parteien, sondern auch die Willensbildung und der Entscheidungsmechanismus in den immer wieder auftauchenden autoritären Regierungsformen sowie die Unruhen, die allmählich die Völker ergriffen haben, erschweren eine Arbeit dieser Art. Hinzu kommt das offizielle Monopol der Informationsvermittlung sowie die politischen Manövriermechanismen, die unserer Forschungsarbeit nicht leichte Probleme stellen.

Eine solche Arbeit kann daher nicht nur der reinen Theorie entnommen werden, sondern muss hauptsächlich auf der Grundlage von Kontakten mit politischen führenden Organen in Lateinamerika entstehen.

In Iberoamerika — das heute mehr denn je einen politischen Vulkan darstellt — werden wissenschaftliche Forschungen dieser Art mit dem eingewurzelten Misstrauen zu kämpfen haben.

Was das Projekt anbelangt, so dreht es sich um die erste grössere politologische Arbeit, die dieses Institut unternimmt, und die Untersuchung wird sich nur auf eine Auswahl wichtiger Länder beziehen.

J. A. DOERIG

ZÜRICH: PSYCHOLOGISCHES INSTITUT (UNIVERSITÄT ZÜRICH)

Die Einstellung der Schweizer zur Entwicklungshilfe

In welchem Ausmass und in welcher Weise soll sich die Schweiz in der Entwicklungshilfe engagieren? Diese Frage wurde mit einem repräsentativen Quer-

schnitt von Schweizer Bürgern im deutschen und französischen Teil des Bundes in mündlichen, 40 bis 60 Minuten dauernden Interviews diskutiert. 43 Tests und Fragen umfasste der Bogen. Zu mehr als 200 Punkten konnten die Auskunftspersonen Stellung nehmen, nicht gerechnet die zahlreichen sozialstatistischen Ermittlungen.

Wer wurde befragt? Die Untersuchung stützt sich auf zwei repräsentative Querschnitte der erwachsenen Bevölkerung in der deutschen Schweiz und in der französischen Schweiz. In jedem Landesteil wurden rund 750 Auskunftspersonen, zusammen also 1500, befragt. Die deutsche und die welsche Schweiz sind durch die gleiche Zahl von Interviews repräsentiert. Die Ergebnisse für die kleinere Welschschweiz können somit die gleiche Genauigkeit beanspruchen wie die Deutschschweiz. Um ein Gesamtergebnis für die deutsche und französische Schweiz ausweisen zu können, wurde eine Gewichtungsoperation vorgenommen, damit sich im Ergebnis das unterschiedliche Gewicht beider Bevölkerungsgruppen spiegelt.

Geplant und ausgeführt wurde die Untersuchung von vier Instituten: Psychologisches Institut der Universität Zürich, Lehrstuhl für Sozialpsychologie und Soziologie (Prof. Dr. G. Schmidtchen): Gesamtleitung und Analyse; Institut für Demoskopie Allensbach: Fragebogenentwicklung und statistische Auswertung; KONSO Institut für Konsumenten- und Sozialanalysen AG, Basel: Anlage der Stichprobe, Durchführung der Feldarbeit in der deutschen Schweiz; A.E.S., A.G. für Wirtschafts- und Sozialanalysen, Lausanne: Anlage der Stichprobe, Durchführung der Feldarbeit in der welschen Schweiz.

Den Auftrag zu dieser Untersuchung erteilten die nachfolgenden Institutionen und Organisationen, die in der Entwicklungshilfe aktiv sind: Eidgenössisches Politisches Departement Bern, Dienst für technische Zusammenarbeit; Helvetas, Schweizer Aufbauwerk für Entwicklungsländer, Zürich; Hilfswerk der Evangelischen Kirchen der Schweiz, Zürich; Migros-Genossenschaftsbund, Zürich; Schweizerisches Arbeiter-Hilfswerk, Zürich; Schweizerischer Caritasverband, Luzern; SWISSAID, Schweizerische Vereinigung für Entwicklungshilfe, Bern.

Die Untersuchung ist als Motivanalyse konzipiert: wie die soziale Situation des Schweizers, seine Sicht des weltpolitischen Geschehens, seine Vorstellungen von der Rolle der Schweiz, das Bild der dritten Welt, humanitäre Überzeugung und innenpolitische Ansprüche, Zukunftshoffnungen und -ängste die Einstellung zur Entwicklungshilfe beeinflussen. Die Analyse des umfangreichen Materials geschah in den folgenden Stufen:

1. Deskriptives demographisches Zählprogramm über das Survey Analysis Programm (SAP) der IBM, Zürich;
2. Faktorenanalysen durch Control Data, Rechenzentrum Stuttgart;
3. Im Bereich der gefundenen Faktoren Skalenbildung und Überprüfung nach Guttman-Kriterien;
4. Analyse des Materials nach den gefundenen Skalen in drei sozialen Segmenten der Bevölkerung. Diese Analyse ermöglicht es, das Wechselspiel zwischen Schichtung und sozialpsychologischen Variablen zu beobachten.

Der Bericht ist in Vorbereitung. Er könnte als Beitrag zur Sozialpsychologie der Aussenpolitik betrachtet werden.

GERHARD SCHMIDTCHEN

1. *Mobilität von Nationen im internationalen System*

Die Mobilität, in der Regel Entwicklung genannt, der einzelnen Nationen erfolgt auf verschiedenen, voneinander abhängigen Rangdimensionen des internationalen Systems. Es wird postuliert, dass die Bewegung auf einer Rangdimension pro Zeitperiode eine nichtlineare Funktion der simultan gemessenen Positionswerte der Einheit auf jeder der ausgewählten Rangdimensionen zu Beginn der jeweiligen Zeitperiode sei. Die in diesem Projekt bisher betrachteten Rangdimensionen sind Bildungsniveau, Urbanisierungsniveau, Arbeitsteilung im Sinne des Verhältnisses des primären, sekundären und tertiären Wirtschaftssektors, sowie Niveau des Einkommens per capita. Das von HUGO SCOLNIK entwickelte nichtlineare least-square-fitting-Programm passt Exponenten und Koeffizienten an. Als Variablen werden sowohl die einfachen Rangdimensionen ($x_1 \dots x_n$) verwendet wie auch multiplikative Verknüpfungen und Quotienten zwischen Paaren der genannten einfachen Variablen.

$$\begin{aligned}
 x_1 \dots n = & a_1 + a_2 x_1^{b_1} + a_3 x_2^{b_2} \dots a_{n+1} x_n^{b_n} \\
 & + c_1 (x_1 \cdot x_2)^{d_1} + c_2 (x_1 \cdot x_3)^{d_2} \dots \\
 & + e_1 \left(\frac{x_1}{x_2} \right)^{f_1} + e_2 \left(\frac{x_1}{x_3} \right)^{f_2} \dots
 \end{aligned}$$

Es stehen Daten für etwa 50 Länder für die drei Zeitperioden 1950-55, 1955-60 und 1960-65 zur Verfügung. Sie repräsentieren insgesamt 174 Punkte, die im ersten Arbeitsgang gefittet werden.

Die resultierenden vier Modelle können zusammen genommen als rekursives, d. h. geschlossenes Modell zu Simulationszwecken verwendet werden. Ferner ist es möglich, sie mit Modellen anderer Systemebenen, z. B. interprovinziellem System, zu vergleichen. Bisher ist ein Modell mit derselben Methode für die Provinzen Argentiniens am Institut entwickelt worden.

Die Hauptmitarbeiter des Projektes sind die Herren HUGO SCOLNIK, RAÚL HERNANDEZ, JUAN BULNES, ROBERT GIERISCH, LAWRENCE ALSCHULER und GEORG MÜLLER.

Die Auswahl der vier Grundvariablen beruht auf einer am Soziologischen Institut der Universität Zürich und am Soziologischen Department der Fundación Bariloche erarbeiteten Theorie über die Funktionsweise sozietales Systeme (siehe PETER HEINTZ, ed., *A Macro-sociological Theory of Societal Systems with special reference to the international system*, Bern, im Druck).

2. *Internationale Allianzen*

Das Ziel der von BIRGIT DECHMANN durchgeführten Untersuchung ist es, internationale Integration und internationalen Konflikt mit Hilfe anderer soziologischer Variablen wie Macht, Modernität, Legitimation, Entwicklungsgrad zu erklären.

Ferner interessiert die Funktion von Konflikt bzw. Integration für die Mobilität von Nationen und von Allianzen auf der Dimension der Entwicklung im internationalen System.

- Die Untersuchung erstreckt sich auf zwei verschiedene Niveaus von Einheiten:
- Allianzen (Bezugssystem internationales System) und
 - Nationen (Bezugssystem internationales System und Allianz).

Konflikt und Integration werden erfasst mit Hilfe konfliktiver oder integrativer Stellungnahmen, Verträgen, Vertragsannullierungen, Kriegen, Staatsbesuchen usw., soweit sie von Personen oder Gruppen durchgeführt werden, die als Stellvertreter der betreffenden Nation gelten dürfen.

Allianzen sind Interaktionsballungen bezüglich dieser Variablen, wobei konfliktive Interaktionscluster als negative Allianzen, als negative Bezugssysteme gefasst werden.

3. *Nationale Desintegration*

Das Projekt, das von HANS PETER WIEDERKEHR durchgeführt wird, befasst sich mit den Bedingungen für das Auftreten globalgesellschaftlicher Desintegrationserscheinungen in politischen Systemen. Als Desintegrationsdeterminanten werden Eigenschaften der Interaktionsfelder dieser Systeme eingeführt. Der Überprüfung des theoretischen Ansatzes dienen Analysen der englischen und französischen Kolonialreiche im Zeitraum 1945-65 sowie eine Untersuchung der Desintegrationserscheinungen bei den afrikanischen Nationen.

PETER HEINTZ

II. **Autres projets — Andere Projekte**

L'AUTONOMIE COMMUNALE EN SUISSE

Sous l'égide de l'Union des villes suisses et de l'Association des communes suisses, et avec la participation de la commune de Lausanne et du Fonds national de la recherche scientifique, s'est créé en été 1969 un Groupe d'étude de l'autonomie communale. Les travaux dirigés par M. JEAN MEYLAN, responsable des études statistiques et socio-économiques de la Ville de Lausanne, avec la participation de MM. ERWIN BUCHER et DANIEL FREI, ont pour objectif de déterminer quelle est la situation de l'autonomie communale en Suisse, et quelles sont les causes des variations de cette situation.

On peut concevoir d'une part que la commune est autonome si elle est en mesure de mobiliser l'ensemble des moyens nécessaires à l'accomplissement de ses tâches, et s'il y a coïncidence entre ses limites politiques et le périmètre fonctionnel nécessaire — pour des raisons de rationalité par exemple — à l'accomplissement de ces tâches. L'étude vise donc à dégager les difficultés de mobilisation des moyens financiers, matériels et humains de la commune, ainsi que les cas dans lesquels la commune est obligée de recourir à d'autres partenaires, qu'il s'agisse d'autres communes, du secteur privé ou de l'Etat. La détermination des facteurs maximisant l'accroissement de ces moyens, ainsi que ceux maximisant l'accroissement des tâches communales permettra d'expliquer la situation de l'autonomie communale, telle qu'elle est constatée. L'étude répond ainsi à la question générale: dans quels cas le changement social et économique crée-t-il plus de besoins pour la commune qu'il ne lui assure de moyens ?

D'autre part, si l'autonomie est le pouvoir de décision attaché à l'exercice des tâches communales, il est nécessaire de déterminer dans quelle mesure ce pouvoir tend à diminuer, et pourquoi. A cet égard, il semble que la seule participation d'agents extérieurs à la commune au processus de décision ne soit pas un critère suffisant: un consensus peut en effet exister entre ces agents de décision. Nous recherchons donc quels sont les principaux agents de décision dont l'intervention dans le processus décisionnel est perçue de manière négative ou *frustrante* par les autorités communales, et cela pour quelles communes.

La recherche est menée par questionnaires et interviews auprès d'un échantillon de 450 communes environ. Ces dernières ont été choisies notamment selon les critères de population — taille et répartition en secteurs socio-économiques — et sont réparties dans cinq types de cantons construits sur la base de la législation cantonale en matière de communes. D'autre part, l'ensemble des communes de 13 agglomérations ont été choisies, afin d'étudier plus à fond la situation des communes appartenant à des concentrations urbaines.

Il faut encore ajouter que la recherche nécessite une importante étude de droit comparé des diverses législations cantonales sur les communes. Ce travail, nécessaire à l'interprétation des résultats, porte essentiellement sur les types et les compétences des communes, les systèmes de péréquation intercommunale, de contrôle et de surveillance de l'Etat sur les communes.

Après une phase de prétest du questionnaire principal, la collecte des informations aura lieu dans le courant de l'été 1970. Les résultats sont prévus pour fin 1971.

JEAN MEYLAN

DER ENTSCHEIDUNGSPROZESS IN DER FREISINNIG-DEMOKRATISCHEN PARTEI DES KANTONS BERN

Vom Januar 1969 bis zum September 1970 habe ich mit der Methode der teilnehmenden Beobachtung den Entscheidungsprozess in der Freisinnig-demokratischen Partei des Kantons Bern untersucht. Mit Einwilligung der Parteileitung habe ich allen Parteisitzungen beigewohnt und aufgrund eines vorgegebenen Schemas meine Beobachtungen aufgeschrieben. Es gab im ganzen 18 statutarische Parteiorgane, die ich in dieser Weise beobachtet habe. Beispielhaft seien genannt: die Geschäftsleitung, die Präsidentenkonferenz, die Parlamentsfraktion, die Kommission für Sozialpolitik. Daneben habe ich nach Möglichkeit auch den informellen Teil des Parteilebens beobachtet, indem ich beispielsweise regelmässig an den Fraktionssessen teilgenommen habe.

Zusätzlich zu den teilnehmenden Beobachtungen stehen mir alle Akten des Parteisekretariates zur Verfügung. Schliesslich habe ich mit allen am Entscheidungsprozess partizipierenden Akteuren Interviews durchgeführt.

Als Untersuchungseinheiten habe ich die Vorschläge definiert, die während der Untersuchungsperiode in irgendeinem Parteigremium artikuliert worden sind. Es handelt sich dabei um Vorschläge, die entweder von Parteimitgliedern stammten oder die von aussen, zum Beispiel von der Regierung oder von einem Wirtschaftsverband, an die Partei herangetragen wurden. In bezug auf den Inhalt reichen die Vorschläge von so generellen Problemen wie der Regionalisierung des Kantons bis zu speziellen Prozedurfragen des Sitzungsablaufes. Von jedem Vorschlag

wurde gewissermassen die Geschichte registriert. Um die gesammelten Daten besser auswertbar zu machen, bringe ich die Geschichte jedes Vorschlages auf eine Lochkarte. Für die einzelnen Vorschläge habe ich unter anderem folgende Daten gesammelt:

- Verfasser des Vorschlages (ein Parteimitglied, die Regierung, der Gewerbeverband, eine Zeitung usw.);
- Vorgängige Stellungnahme anderer Parteigremien;
- Transmission dieser Stellungnahmen (Informationsträger, Informationsverlust usw.);
- Akteure, die während der Sitzung positiv bzw. negativ zum Vorschlag Stellung nehmen;
- Akteure, die in bezug auf den Vorschlag Informationen vermitteln;
- Entscheid über den Vorschlag (gütliches Einvernehmen, Mehrheitsentscheid, der Entscheid bleibt offen usw.);
- Behandlung des Vorschlages durch weitere Parteigremien;
- Verwirklichung des Vorschlages;
- Grad der Öffentlichkeit des Entscheidungsprozesses;
- Grad der Formalität des Entscheidungsprozesses;
- Inhalt des Vorschlages (Sachgebiet, Originalität, Progressivität usw.).

Die Rohauszählung des Computerprogramms wird eine *Deskription* des Entscheidungsprozesses ergeben. So wird man beispielsweise erfahren, aus welchen Quellen die Vorschläge stammten, mit denen sich die Partei während der Untersuchungsperiode beschäftigt hat. Das eigentliche Ziel der Untersuchung ist aber nicht die Deskription, sondern die Theoriebildung. Ich hoffe, unter anderem auf die folgenden theoretischen Fragen eine Antwort zu erhalten:

- Unter welchen Bedingungen werden politische Konflikte durch gütliches Einvernehmen bzw. durch Mehrheitsentscheid geregelt?
- Wie wirkt sich die zeitliche Distanz zu Parlamentswahlen auf den Entscheidungsprozess in einer politischen Partei aus?
- Von welchen Bedingungen ist die Grösse des Innovationsspielraumes in einem politischen Entscheidungsprozess abhängig?

Ich habe versucht, die Hypothesen, die diesen Fragen zugrunde liegen, von allgemeinen Theorien zu deduzieren. Dabei habe ich vor allem auf die verschiedenen Koalitions- und Spieltheorien zurückgegriffen.

Die hier beschriebene Untersuchung ist Teil eines langfristigen Forschungsprojektes, bei dem es um die demokratischen Stabilitätsbedingungen in subkulturell segmentierten politischen Systemen geht. (Eine eingehendere Beschreibung der Studie über die Freisinnig-demokratische Partei des Kantons Bern findet sich in: *Wirtschaft und Recht* 22 (1970), Nr. 2.)

JÜRIG STEINER

ENQUÊTE SOCIO-DÉMOGRAPHIQUE SUR LES TRAVAILLEURS MIGRANTS EN SUISSE

Dans le cadre des travaux de préparation de la Deuxième Conférence Démographique Européenne, le Conseil de l'Europe a mandaté deux directeurs de recherches pour l'étude du IV^e thème des migrations internationales: M. le Profes-

seur M. LIVI-BACCI pour les pays d'émigration et M. le D^r H.-M. HAGMANN (Bureau de planification hospitalière et médico-sociale, service de la santé publique du canton du Valais) pour les pays d'immigration.

En plus des travaux de coordination sur le plan européen, M. Hagmann mène actuellement une enquête socio-démographique qui porte sur un échantillon de travailleurs étrangers et sur un échantillon de travailleurs suisses.

Cette recherche est financée par le Fonds national suisse de la recherche scientifique et devrait permettre de mieux maîtriser le phénomène migratoire helvétique, mal connu et mal contrôlé, par une connaissance scientifique du problème, notamment dans le domaine de:

- l'étude de l'influence des migrants sur les structures démographiques de la Suisse (fécondité, nuptialité, pyramide des âges, vieillissement, *Überfremdung*);
- l'analyse de la mobilité spatiale, sociale et professionnelle des travailleurs migrants (taux de mobilité sociale et professionnelle, gaspillage dans la formation professionnelle, difficultés d'intégration, qualification professionnelle des migrants qui restent en Suisse, qui quittent la Suisse pour un autre pays d'immigration et des migrants qui retournent chez eux — les pays d'émigration perdent-ils leur main-d'œuvre qualifiée?);
- la comparabilité internationale des données statistiques et démographiques entre la Suisse et l'Italie, aujourd'hui pratiquement impossible (concept de « l'étape migratoire », typologie des retours, éléments méthodologiques pour l'élaboration d'un modèle des coûts et des bénéfices pour chaque pays);
- la problématique essentielle de l'adaptation, intégration, assimilation (migration temporaire ou définitive, potentiel d'intégration, potentiel d'assimilation, volonté de retour, etc.).

H.-M. HAGMANN

ORGANISATIONS INTERNATIONALES

La Dotation Carnegie pour la paix internationale créa, en 1964, un « Groupe d'étude sur l'organisation internationale », lequel décida d'entreprendre une vaste enquête sur les missions permanentes auprès des organisations internationales et dont nous avons le privilège de présenter ici les grandes lignes.

1. *Le Groupe d'étude sur l'organisation internationale*

Aussitôt institué, le Groupe d'étude estima que son programme de travail devait avoir un objectif théorique et pratique à la fois: développer la recherche scientifique certes, mais aussi contribuer — ne fût-ce que modestement — à aider les organisations internationales dans l'accomplissement de leurs tâches concrètes. La collaboration entre « théoriciens » et « praticiens » lui parut être la meilleure méthode susceptible de donner des résultats vraiment satisfaisants. En outre, la spécialisation ou la compétence propre des participants (science politique, droit international, science économique, psychologie sociale, sciences administratives, histoire, sociologie, etc.) contribuaient à donner au Groupe un caractère multidisciplinaire fortement accentué.

2. *L'enquête sur les Missions permanentes*

Le Groupe d'étude discuta longuement divers thèmes de recherches. Ayant dans un premier temps sélectionné le sujet général: « Modes d'influence nationale sur les administrations internationales et modes d'influence internationale sur les

administrations nationales », il opta finalement pour le projet suivant: « *Les missions permanentes auprès des organisations internationales. Contribution à l'étude des relations entre les Etats et les institutions internationales* ».

L'institution des missions permanentes parut, en effet, le thème le plus approprié pour aborder le problème des relations entre gouvernements et organisations internationales. Phénomène institutionnel relativement nouveau et peu étudié, les missions se trouvent situées à la jonction du domaine national et international; elles ont un point de contact et d'interaction permanent. Les missions constituaient, par ailleurs, un phénomène dont l'importance n'est apparue qu'assez récemment. Si ce phénomène s'est manifesté de manière concomitante avec l'apparition des organisations internationales ou des embryons d'organisations internationales — on peut évoquer le cas des délégations de Cités dans les amphictyonies grecques ou de la Diète de la Confédération germanique de Francfort — ce n'est qu'avec la S.d.N., puis avec les organisations créées après la Seconde Guerre mondiale, que l'institution a pris l'ampleur qu'on lui connaît aujourd'hui.

Désireux d'aborder l'étude du sujet sous plusieurs angles, le Groupe décida de diviser l'enquête en trois étapes distinctes. Les résultats obtenus au terme de chaque étape feront l'objet d'un volume publié à partir de l'automne 1970 par les Editions Bruylant (Bruxelles). Les trois ouvrages sont ainsi conçus:

— *Etudes générales (géographiques et par organisation)*

Ce premier volume contient trois études principales:

Les missions permanentes auprès de l'Office des Nations Unies à Genève, des Institutions spécialisées et de l'AELE (MICHEL VIRALLY) ;

Les représentations permanentes auprès des organisations internationales sises en France : UNESCO, Conseil de l'Europe, OTAN, OCDE (PIERRE GERBET) ;

Les représentations et missions permanentes auprès de la CEE et de l'Euratom (JEAN SALMON).

Afin de donner au problème sa véritable dimension historique, une étude sur *Les délégations permanentes auprès de la S.d.N.* (VICTOR-YVES GHÉBALI) a été insérée en tête du volume.

Enfin, dans des *conclusions intérimaires*, PIERRE GERBET tire les enseignements de la première étape de l'enquête.

La méthode suivie dans la préparation de ce volume se caractérise par un appel à l'ensemble des méthodes d'enquête des sciences sociales. L'analyse juridique a été réduite aux questions, peu nombreuses, mettant en cause des règles de droit (statut des missions, privilèges et immunités, etc.). L'analyse de caractère historique dépendait surtout de l'existence d'archives accessibles: seule l'étude sur la S.d.N. en a fait pleinement usage (les autres décrivent cependant l'évolution dans le temps des missions auprès d'une même organisation). Par la force des choses, l'enquête orale sur la base de questionnaires détaillés (à questions « ouvertes » pour la plupart) fut la principale méthode suivie.

— *Etudes de cas*

Ce deuxième volume a été entrepris dans l'optique suivante:

le poids réel des missions dans le contexte d'une organisation internationale apparaît plus nettement que jamais dans des situations spécifiques. Les cinq problèmes suivants ont été sélectionnés:

L'examen des politiques nationales : le rôle des missions permanentes (F.A.M. ALTING VON GEUSAU) ;

Le rôle des représentants permanents dans la transformation de l'OECE en OCDE (PIERRE GERBET) ;

Le rôle des missions permanentes auprès des organisations internationales dans le processus de décision budgétaire (NORBERT KOHLHASE) ;

L'adoption du Premier Mandat de Négociation avec l'Autriche, 2 mars 1965 (JEAN-VICTOR LOUIS) ;

Les missions permanentes à Genève et la CNUCED (JEAN SIOTIS).

Le troisième volume comprendra deux parties bien distinctes. La première sera une étude (dont la conception correspond à celles figurant au premier volume), consacrée aux *missions permanentes accréditées auprès de l'Office des Nations Unies à New York* (EDWARD R. APPATHURAI) ;

dans la seconde, intitulée *Conclusions théoriques*, GERDA ZELLENTIN tirera les conclusions générales de l'enquête tout en s'efforçant de dégager, en même temps, les grandes lignes d'une théorie d'ensemble des relations internationales.

VICTOR-YVES GHÉBALI

POLITISCHE ERFOLGSBEDINGUNGEN FÜR DIE LEISTUNG GUTER DIENSTE UND FÜR VERMITTLUNGSAKTIONEN

In einem neutralen Kleinstaat wie die Schweiz wird immer wieder der Ruf nach einer « aktiveren Neutralität » hörbar, und dieser Ruf mündet, wenn er konkreter formuliert wird, meistens in den Wunsch aus, sich in vermehrtem Masse durch gute Dienste und Vermittlungsaktionen um die Lösung internationaler Konflikte zu bemühen. Da stellt sich dann freilich bei jedem Konflikt die Frage, ob es überhaupt zweckmässig sei, einzugreifen, m. a. W. welches denn die *Erfolgchancen* seien, die eine Aktion im Sinne der guten Dienste oder der Vermittlung hat. In diesem « Jahrbuch » hat vor einiger Zeit RAYMOND PROBST als eine von sieben Richtlinien, die es bei der Übernahme solcher Missionen zu beachten gelte, festgehalten: « Sie [die Aufgabe] muss materiell durchführbar erscheinen; es sollten konkrete Erfolgsaussichten vorliegen. Die Übernahme wäre wohl abzulehnen, wenn ein Scheitern der Mission vorauszusehen ist. » (3 [1963], S. 21-49).

Mit dem hier beschriebenen, vom Nationalfonds unterstützten Forschungsprojekt soll nun versucht werden, die verschiedenen Faktoren herauszufinden, von denen der Erfolg oder das Scheitern einer Vermittlungsaktion abhängen. Als theoretischen Rahmen um die verschiedenen Faktoren wurde das Konzept der *subjektiven Nutzenerwartung* gewählt, d. h. die Primärhypothese, dass sowohl die Konfliktparteien wie der Neutrale einer solchen Aktion jeweils nur dann zustimmen, wenn sie der Ansicht sind, die Summe ihre *Vorteile* sei grösser als die Summe ihre *Nachteile*. Als *Variablen* zur Erklärung der je nachdem höheren oder geringeren Vor- und Nachteile werden z. B. untersucht: Die öffentliche Bekanntmachung der Streitstandpunkte; die Dauer der bisher innegehabten Positionen; die Verknüpfung mit symbolhaften Grundsatz- und Prestigefragen; die innenpolitische Stellung der Führung der Streitparteien; der Intensitätsgrad des Konflikts; die Stabilität oder Instabilität der Situation; der Prozess der Entscheidungsbildung; die Zahl der Bezugsrahmen des Konflikts (lokal-regional-ideologisch usw.); die Teil- und Kompensierbarkeit des Streitobjekts; der Ruf und die Erfahrungen des Vermittlers;

die Identifikation der Streitparteien mit dem Vermittler; die Herkunft des Vermittlungsvorschlages; die Intensität und Qualität des Informationsflusses zwischen den Beteiligten usw. Die Auswahl der zu untersuchenden Faktoren beschränkt sich gezwungenermassen auf mehr oder weniger *objektiv* zu beobachtende Faktoren; subjektive Faktoren wie die Charaktereigenschaften der Unterhändler, die Ambiance im Verhandlungssaal usw. mussten ausgeklammert werden, ebenso verhandlungstaktische Aspekte. Angesichts des heutigen Standes der wissenschaftlichen Forschung über die Vermittlung in internationalen Konflikten scheint diese Beschränkung indessen zulässig.

Die Forschungsarbeit erfolgte bisher in *zwei Schritten*: In einer *ersten Phase* wurden konkrete Fälle einer intensiven Analyse unterzogen; dazu erhielt der Verfasser unbeschränkte Akteneinsicht im Eidgenössischen Politischen Departement und im Internationalen Komitee vom Roten Kreuz. Diese erste Phase diente vor allem heuristischen Zwecken und ermöglichte es, die verschiedenen Aspekte des Problems überhaupt einmal zu identifizieren und Ausgangshypothesen aufzustellen.

In einer *zweiten Phase* wurden diese Hypothesen sodann anhand einer Auswahl von rund 80 historischen Fällen überprüft; die Bearbeitung einer so beträchtlichen Reihe von Fällen war dank dem Umstand möglich, dass das Problem der guten Dienste und Vermittlung während des Sommersemesters 1970 zugleich auch in einem Seminar im Rahmen des Historischen Seminars der Universität Zürich behandelt wurde.

DANIEL FREI